

## Tagungsbericht

### „Strategien zur Bewältigung des Demografischen Wandels in Deutschland und Japan“, 13./14.01.2016

Nora Kottmann, Universität Düsseldorf

Am 13. und 14. Januar 2016 fand das Symposium „Strategien zur Bewältigung des Demografischen Wandels in Deutschland und Japan“ im Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin (JDZB) statt. Ausgerichtet wurde die zweitägige Veranstaltung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), dem japanischen Ministry of Health, Labour and Welfare (MHLW) und dem JDZB. Der Demografische Wandel, der als grundlegend, umfassend und alle Altersstufen betreffend zu charakterisieren ist, weist in Deutschland und Japan große Ähnlichkeiten auf: Beide Länder sehen sich mit einer konstant niedrigen Geburtenrate weit unter der Ausgleichsrate konfrontiert (2014: 1,47 in Deutschland und 1,42 in Japan). Gleichzeitig steigt die durchschnittliche Lebenserwartung, wobei jedoch die älteren Menschen überwiegend in guter gesundheitlicher Verfassung sind und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen wollen und können. Der Rückgang der Geburtenrate sowie der Anstieg der Lebenserwartung führen zu einer nachhaltigen Veränderung der Altersstruktur sowie zu Bevölkerungsrückgang. Dies zeigt sich in Japan noch deutlicher als in Deutschland; nicht zuletzt aufgrund einer signifikant höherer Zuwanderung nach Deutschland. Diese Entwicklungen haben langfristige und zum Teil gravierende Auswirkungen auf die Sozialsysteme, die Gesellschaft, die Ökonomie und die Politik. Diesen gilt es aktiv zu begegnen und angemessene Antworten zu finden: Die Ziele des zweisprachigen und simultan gedolmetschten Symposiums waren ein Erfahrungs- und Wissensaustausch sowie die gemeinsame Suche nach Lösungsansätzen zur aktiven Gestaltung des Demografischen Wandels in Deutschland und Japan. In insgesamt vier Foren referierten renommierte japanische und deutsche Experten aus Wissenschaft und Politik zu zentralen Themenbereichen des Demografischen Wandels, namentlich zu den Themen „Familienförderung“, „Alt werden in Deutschland und Japan“, „Demografischer Wandel in den Kommunen“ sowie „Gleichstellung/Frauenförderung“. Es handelt sich hierbei um Themen, die die Regierungen beider Länder auf ihre jeweilige politische Agenda gesetzt haben.

#### *Begrüßung und Keynotes*

Eröffnet wurde das sehr gut besuchte Symposium durch ein Grußwort von Dr. Friederike BOSSE, Generalsekretärin des JDZB. Die sich hieran anschließenden Keynotes wurden von der Parlamentarischen Staatssekretärin Elke FERNER (BMFSFJ) und dem Assistant Minister for International Affairs KATSUDA Tomoaki (MHLW) gehalten. Beide Regierungsmitglieder betonten zunächst das Potential der bilateralen Zusammenarbeit, insbesondere auf Ebene der Ministerien, die fortgesetzt werden soll, und gaben dann einen Einblick in grundlegende Strategien und Zielsetzungen ihrer Regierungen im Umgang mit dem Demografischen Wandel.

FERNER benannte hierbei die Frage als zentral, wie gesellschaftliche Teilhabe und Lebensqualität für *alle* Generationen erreicht werden können. Wichtig sei es, gutes Aufwachsen mit guter Bildung zu verknüpfen: Jedes Kind in Deutschland müsse Zugang zu guter Bildung und Ausbildung erhalten. Ziel der Familienpolitik sei es unter anderem, dass junge Menschen ihre Kinderwünsche besser realisieren können. FERNER verwies auf die guten Erfahrungen des BMFSFJ mit dem Elterngeld sowie auf die Reform der Pflege- und Familienpflegezeit und die Einführung des ElterngeldPlus, die die geforderte Generation entlasten sollen. In der Gleichstellungspolitik Sorge die Bundesregierung mit einem Bündel an Maßnahmen für mehr Lohngerechtigkeit und für einen höheren Anteil von Frauen in Führungspositionen. Die ältere Generation werde zunehmend unter dem Aspekt „Lebensphase der

Chancen“ in den Blick genommen und ihr Engagement durch die Bundesregierung gefördert, etwa durch die Einberufung des Rundes Tisches „Aktives Alter“. Abschließend verwies FERNER auch auf die Chancen, die sich durch eine gelungene Integration der Flüchtlinge für das Zuwanderungsland Deutschland ergeben können.

Auch KATSUDA betonte die Notwendigkeit, *alle* Generationen in den Blick zu nehmen. Er skizzierte grundlegende Maßnahmen der Regierung unter Premierminister ABE Shinzō, deren Ziel die Schaffung einer „Gesellschaft, an der alle 100 Millionen aktiv teilhaben können“ (*ichiokusō katsuyaku shakai*), sei. Zentral seien hierfür Vereinbarkeitsmaßnahmen zur umfassenden Reduktion familien- und pflegebedingter Erwerbsunterbrechungen von Frauen. Um die mittlere Generation zu entlasten und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, fokussiere die japanische Regierung außerdem vornehmlich auf die Integration älterer Menschen in den Arbeitsmarkt.

In den Keynotes wurden Schwerpunkte deutlich, die im Laufe des Symposiums immer wieder aufgegriffen und hinsichtlich einzelner Themenbereiche spezifiziert wurden: Die zentrale Bedeutung, die beide Regierungen dem Demografischen Wandel beimessen, der Fokus der politischen Maßnahmen auf *alle* Generationen und deren jeweils spezifischen Bedürfnisse, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der politischen Maßnahmen und Zielsetzungen in Deutschland und Japan, bestehende Defizite und zukünftiger Handlungsbedarf sowie die Komplexität und Vielschichtigkeit des Demographischen Wandels.

#### *Forum 1: Familienförderung*

Das erste Forum mit dem Thema „Familienförderung“ wurde von Dr. Agnes BLOME, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Abteilung Ungleichheit und Sozialpolitik), moderiert. Die beiden Referenten dieses Forums, Dr. Martin BUJARD (Forschungsdirektor „Familie und Fertilität“, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung) und Prof. HARA Toshihiko, Ph.D. (School of Design, Sapporo City University) beschäftigten sich in ihren Beiträgen mit der Frage, was eine gute Familienpolitik ausmacht, und ob – und gegebenenfalls wie – Familienpolitik die Geburtenrate (positiv) beeinflussen kann.

BUJARD fokussierte in seinem Vortrag auf die deutsche Familienpolitik. Er zeigte auf, dass diese seit dem Jahr 2004 einem Paradigmenwechsel unterliegt: Während Familien bis dahin vornehmlich Geldleistungen erhielten, wird seitdem zunehmend in den Dreiklang bessere Infrastruktur, finanzielle Unterstützung und Zeitpolitik investiert. Die bis dato vorgenommene Förderung des Alleinverdienermodells werde so zunehmend – wenn auch nicht umfassend – durch die Förderung des Zweiverdiener- und des *dual care*-Modells abgelöst. BUJARD zeigte – basierend auf eigenen multifaktoriellen Analysen –, dass die Förderung von Vereinbarkeitsmaßnahmen am ehesten zu einem Anstieg der Geburtenrate führen kann: In einem Vergleich von 28 OECD-Staaten kam er zu dem Schluss, dass in Ländern mit einer hohen Müttererwerbsquote mehr Kinder geboren werden, als in Ländern mit einer niedrigen. Er verwies in diesem Zusammenhang jedoch auf die Problematik, dass in der Praxis zwar das Zweiverdiener-, nicht aber das *dual-care*-Modell realisiert ist. Dies führe unter anderem dazu, dass junge Frauen trotz Kinderwunsch oftmals kinderlos bleiben. BUJARD machte deutlich, wie eng die Themen „Geschlechtergleichheit“, „Frauenerwerbstätigkeit“ und „Geburtenrate“ miteinander verwoben sind. Zusammenfassend kam BUJARD zu folgender Schlussfolgerung: Eine nachhaltige Familienpolitik hat – neben ökonomischen und kulturellen Faktoren – einen Einfluss auf die Entwicklung der Geburtenrate. Allerdings stellen sich die Erfolge erst stark zeitverzögert ein, was die politische Planung innerhalb kurzer Legislaturperioden stark erschwere. Um die Geburtenrate in Deutschland weiterhin positiv zu beeinflussen, formulierte BUJARD weiteren Handlungsbedarf hinsichtlich der folgenden Themen: Schaffung eines familienfreundlichen Arbeitsmarktes, politische Maßnahmen

zur Entzerrung biografischer Phasen der Zeitnot (*rush hour of life*), die Reform des Steuersystems sowie politische Maßnahmen für kinderreiche Familien.

Auch HARA vertrat die Annahme, dass eine nachhaltige Familienpolitik zur Anhebung der Geburtenrate führen kann. Seinem Beitrag „Japan als schrumpfende Gesellschaft: Wie kann die Geburtenrate wieder auf das Reproduktionsniveau gehoben werden?“ stellte er historische Analysen voran, in denen er aufzeigte, dass die demographischen Entwicklungen seit dem späten 19. Jahrhundert ‚normale‘ historische Entwicklungs- und Adaptionsprozesse sind; problematisch sei dahingegen die Schiefelage der Generationenverhältnisse und das dauerhafte Sinken der Geburtenrate unter das Reproduktionsniveau. Er zeigte detailliert auf, inwiefern die Lebenserwartung von Frauen und die Geburtenrate historisch korrelieren. Hier problematisierte er die Tendenz, dass Frauen gegenwärtig trotz einer höheren Lebenserwartung zunehmend kinderlos bleiben oder nur ein Kind bekommen. Dies interpretierte er dahingehend, dass Frauen aufgrund verbesserter Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten die Heirat und die Geburt von Kindern als Risikofaktor für das eigene Leben wahrnehmen und folglich – trotz Kinderwunsch – immer weiter aufschieben oder ganz darauf verzichten. Um diesen Trend umzukehren seien insbesondere drei Punkte evident, die jedoch – so sagte HARA – ein „beherztes Umdenken“ von Politik und Gesellschaft voraussetzen: Risiken und Nachteile für Mütter müssen durch umfassende Unterstützungsleistungen und Vereinbarkeitsmaßnahmen minimiert werden, die Sozialversicherungssysteme müssen stärker auf die Themen ‚Reproduktion‘ und ‚Kinder(erziehung)‘ ausgerichtet werden und Frauen muss das Recht gewährt werden, ihr Leben – einschließlich der Reproduktionsentscheidung – tatsächlich frei zu wählen und zu gestalten.

In der sich anschließenden Diskussionsrunde standen vornehmlich drei Themen im Vordergrund. Zunächst wurde die Frage aufgeworfen, ob die von beiden Rednern thematisierte Diskrepanz zwischen Kinderwunsch und Kinderlosigkeit im internationalen Vergleich tatsächlich hoch ist. Dies bejahten beide Redner, wiesen jedoch gleichzeitig auf Zweifel an der Aussagekraft von Kinderwunschstatistiken hin. Problematisiert wurde auch, dass derzeit (noch) keine Daten zu Kinderlosigkeit bei Männern vorliegen. BUJARD verwies des Weiteren auf die Wichtigkeit der Frage, *welche* Familienformen sich junge Erwachsene wünschen. Beide Redner sprachen sich in diesem Zusammenhang für die Notwendigkeit aus, Stigmata zu eliminieren, mit denen beispielsweise kinderreiche Familien oder (sehr) junge Mütter behaftet sind. Der zweite Fragenkomplex beschäftigte sich mit Unterschieden im Zusammenhang von Kindern und Ehe in den beiden Ländern: Während dieser Nexus in Deutschland praktisch gelöst ist, ist er in Japan weiterhin sehr eng; nur gut zwei Prozent aller Kinder werden in Japan unehelich geboren. Dies hat jedoch, so betonten die Redner, keine Auswirkungen auf die Geburtenrate. Weitere Nachfragen zielten auf die Relevanz ökonomischer Faktoren für die Reproduktionsentscheidung ab. Während HARA deren Bedeutung hervorhob, verwies BUJARD auf das Zusammenspiel diverser Faktoren. Aus diesem Grund, so hob er hervor, muss Familienpolitik immer auch Querschnittpolitik sein; auch vor dem in der Diskussion angesprochenen Hintergrund, dass die Sozialversicherungssysteme nicht nur durch den Rückgang der Geburtenrate, sondern auch durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes belastet werden.

#### *Forum 2: Alt werden in Deutschland und Japan*

Ältere und alte Menschen sowie deren Bedürfnisse standen im Fokus des zweiten Forums, das von Dr. Friederike BOSSE geleitet wurde und den zweiten Tag des Symposiums einleitete. Bei den beiden Rednern, Dr. Matthias VON SCHWANENFLÜGEL (Abteilungsleiter „Demografischer Wandel, Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege“, BMFSFJ) und OTANI Hidenobu (Deputy Director General, Employment Security Bureau, MHLW), handelte es sich um Vertreter der jeweiligen Ministerien, die – bezugnehmend auf die Keynotes des ersten Tags – einen detaillierten Einblick in konkrete politische Maßnah-

men ihrer Regierungen für ältere und alte Menschen in Deutschland und Japan gaben. Diese Maßnahmen sind dabei im Kontext zweier paralleler Entwicklungen zu sehen: nämlich einerseits einer Zunahme an gesunden und aktiven älteren Menschen sowie andererseits einer zunehmenden Pflegebedürftigkeit (sehr) alter Menschen.

VON SCHWANENFLÜGEL stellte zunächst die von FERNER skizzierte „Demografiestrategie“ sowie den „Demografiecheck“ der Bundesregierung vor. Letzterer sieht vor, dass zukünftige Gesetzesvorhaben, Richtlinien und Investitionen daraufhin überprüft werden, welche Auswirkungen sie auf kommende Generationen haben (können). Er führte aus, dass vier der insgesamt zehn Arbeitsgruppen der Bundesregierung innerhalb der Demografiestrategie in der Federführung des BMFSFJ stehen. Zwei dieser Arbeitsgruppen beschäftigen sich explizit mit dem Thema „Alter(n)“, namentlich die Arbeitsgruppen „Selbstbestimmtes Leben im Alter“ und „Allianz für Menschen mit Demenz“; in den anderen beiden geht es einerseits um Jugendbeteiligung und andererseits um die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Im Folgenden stellte VON SCHWANENFLÜGEL eine Vielzahl an konkreten Projekten zu den Themen „Altersbilder“, „Aktives Alter“, „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“, „Wohnen im Alter“, „Pflege im Alter“ sowie „Demenz im Alter“ vor. Das Projekt „Altersbilder“ beispielsweise habe die Entwicklung realistischer und differenzierter Altersbilder zum Ziel, die „Allianz für Menschen mit Demenz“ wiederum strebe die größtmögliche gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Demenz an. Einen Schwerpunkt legte VON SCHWANENFLÜGEL auf das Thema „Pflege im Alter“. Hier stellte er gesetzliche Neuerungen im Bereich Pflegeausbildung vor („Pflegeberufegesetz“) – Ziele sind hier die Qualitätsverbesserung und die Steigerung der Attraktivität des Berufsfelds – sowie die Pflegereform, deren Fokus auf der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege für Angehörige liegt. Ein weiteres wichtiges Projekt ist die „Demografiewerkstatt Kommunen“, das mit einer Laufzeit von fünf Jahren jetzt im 1. Quartal startet und den demografischen Wandel in ausgewählten Kommunen untersuchen und erfolgreich gestalten will (vgl. NAEGELE).

Auch OTANI gab einen umfassenden Einblick in Maßnahmen seiner Regierung für ältere und alte Menschen in Japan. Er nahm hierbei insbesondere vier Handlungsbereiche und entsprechende Maßnahmen in den Blick, nämlich das Wohlergehen älterer Menschen mit und ohne Demenz, Wohnformen für ältere und alte Menschen, die medizinische Infrastruktur für alte Menschen sowie die Erwerbstätigkeit älterer Menschen. Im Zusammenhang mit dem Wohlergehen für ältere Menschen präsentierte er unter anderem das zu zwei Dritteln staatlich und zu einem Drittel kommunal finanzierte *Community-based Integrated Care System*. Das Ziel dieses Projekts ist die Schaffung von landesweiten Zentren, die älteren Menschen in ihrer direkten Umgebung ein lebenswertes Umfeld mit entsprechender Infrastruktur bieten (derzeit: ca. 7.000 Zentren). Um hierbei auch Menschen mit Demenz eine bestmögliche gesellschaftliche Integration zu ermöglichen, wurde im Januar 2015 der „New Orange Plan“ erlassen. Interessant daran ist eine niedrigschwellige Kurzausbildung zum Thema Demenz, die über den Umgang mit Demenzkranken aufklärt und die Absolventinnen und Absolventen dieser Einführung mit einem orangefarbenen Armband versieht.; eine höchst wirksame Maßnahme, um auf Demenz aufmerksam zu machen. Einen weiteren Fokus legte OTANI auf die Erwerbstätigkeit älterer Menschen: Durch die Nutzung des Arbeitspotentials motivierter älterer Menschen könne dem Fachkräftemangel in gewissen Arbeitsbereichen entgegengewirkt werden. Aus diesem Grund bemühe sich die japanische Regierung derzeit um die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen. Ausgebaut werde darüber hinaus die Infrastruktur für ältere Arbeitnehmer; Beispiele hierfür sind spezifische Beratungsschalter oder die Einrichtung so genannter *Silver Human Resource Center*. Ein Arbeitsbereich, in dem die Nutzung der Arbeitskraft älterer Menschen angestrebt wird, ist die Pflege beziehungsweise die Unterstützung (sehr) alter Menschen im Alltag. Zur weiteren Unterstüt-

zung und zur Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe werde derzeit des Weiteren in die Robotertechnologie und entsprechende Forschung investiert.

In der Diskussionsrunde wurde die Aufmerksamkeit zunächst auf das gegenseitige Lernpotential gelenkt: Deutschland hat bereits, so erläuterte VON SCHWANENFLÜGEL auf eine entsprechende Nachfrage, vom *Community-based Integrated Care System* in Japan gelernt und sehe hier auch zukünftiges Potential. Japan wiederum könne möglicherweise vom generationsübergreifenden Charakter einiger deutscher Angebote lernen. Derzeit, so OTANI, sei dies beispielsweise bei der Helferausbildung für Demenzkranke realisiert, die bereits im Grundschulalter beginne. Weitere Rückfragen bezogen sich auf die politisch forcierte Integration älterer Menschen in den Arbeitsmarkt in Japan und entsprechende Unterschiede zu Deutschland. Problematisiert wurde in diesem Zusammenhang von deutscher Seite auch die vornehmlich prekäre Beschäftigung von älteren und alten Arbeitnehmern sowie die Bedeutung, die der Robotertechnologie beim Thema „Pflege“ beigemessen wird. Ebenfalls diskutiert wurde die Frage, inwiefern pflegende Familienangehörige – insbesondere die Frauen – entlastet werden können. Beide Referenten verwiesen hierbei auf entsprechende Gesetze, welche die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ermöglichen sollen. VON SCHWANENFLÜGEL wies hierbei jedoch auf weiteren Handlungsbedarf hin; das von der japanischen Regierung anvisierte Ziel, dass niemand wegen Pflegetätigkeiten seinen Beruf aufgeben muss („Null Arbeitsabbruch wegen Pflege (*kaigo rishoku zero*)“), sei „sehr ambitioniert“. Die Diskussionsrunde endete mit der Frage, welche politischen Lösungsansätze es in Japan für schichtspezifische Unterschiede in der Lebenserwartung, die in Deutschland bis zu zehn Jahre betragen, gibt. Entsprechende Maßnahmen gebe es in Japan nicht, da Japan – so argumentierte OTANI – keine Probleme mit unterschiedlichen sozialen Schichten habe.

### *Forum 3: Demografischer Wandel in den Kommunen*

Regionale Disparitäten standen im Fokus des dritten Forums, das von Dr. Matthias VON SCHWANENFLÜGEL geleitet wurde. Insgesamt drei Wissenschaftler referierten zu dem Thema „Demografischer Wandel in den Kommunen“ und untersuchten spezifische Entwicklungen in und Anforderungen an die derzeit etwa 11.000 deutschen und 1.800 japanischen Kommunen. Jeweils ein Vortrag beschäftigte sich mit dem deutschen und dem japanischen Kontext, im dritten Vortrag wurde eine vergleichende Perspektive eingenommen.

Zunächst gab Prof. Dr. Gerhard NAEGELE (Institutsdirektor, Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V., Dortmund) einen Überblick über das „Prinzip der Allzuständigkeit für alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ (Artikel 28 der Verfassung), das den Kommunen in Deutschland weitreichende Kompetenzen zugesteht. NAEGELE legte dar, dass die Kommunen ebenso wie der Bund auf unterschiedlichste Art und Weise, darüber hinaus aber auch sehr unmittelbar, von den demografischen Wandlungsprozessen betroffen sind. Hieraus ergeben sich, so erläuterte NAEGELE, spezifische Anforderungen an die Kommunen, die die Schaffung adäquater politischer, administrativer, infrastruktureller und finanzieller Rahmenbedingungen essentiell macht. Durch eine geschickte Demografiepolitik, die sich durch eine langfristige Planung, ausreichende finanzielle Mittel, einen sektor- und akteurübergreifenden Ansatz sowie den Einbezug ‚neuer‘ Akteure zur Ausbildung neuer strategischer Allianzen auszeichnet, könnten jedoch Chancen der Wandlungsprozesse genutzt werden. So kann, wie NAEGELE auf Grundlage einer aktuellen Studie darlegte, eine effiziente Demografiepolitik das „soziale Potential“ innerhalb einer Kommune wecken, zur Modernisierung und Verbesserung der Infrastruktur führen, einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen, die Lebensqualität der Einwohner verbessern und somit den Standortfaktor der Kommune verbessern. Abschließend gab NAEGELE einen Einblick in die „Demografiewerkstatt Kommunen“ der Bundesregierung: Über

einen Zeitraum von fünf Jahren (01.2016 – 12.2020) werden mindestens sieben ausgewählte Kommunen durch externe Beratungsteams bei der Gestaltung des demografischen Wandels und der Entwicklung geeigneter politischer Maßnahmen auf lokaler Ebene unterstützt.

Prof. Dr. KATŌ Hisakazu (The School of Political Science and Economics, Meiji University, Tōkyō) fokussierte in seinem Vortrag auf regionale Unterschiede des demografischen Wandels in Japan unter besonderer Beachtung des Faktors „Binnenmigration“. Seinen Analysen zufolge zeigen sich in den japanischen Kommunen enorme Diskrepanzen hinsichtlich der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung, der Haushaltsstruktur, der medizinischen Infrastruktur sowie der Geburtenrate. Letztere sei insbesondere in den urbanen Ballungszentren extrem niedrig und zwar – so KATŌs zentrale Argumentation – trotz eines Bevölkerungszuwachs aufgrund von Binnenmigration. Parallel hierzu komme es in anderen Regionen zu einem teils drastischen Bevölkerungsschwund; 49,8% aller Regionen seien in den nächsten 25 Jahren durch die Halbierung des Frauenanteils der 20- bis 39-Jährigen vom „Verschwinden“ bedroht. Aufgrund der negativen Korrelation von Bevölkerungsdichte und Geburtenrate sowie der Annahme, dass die Geburtenrate höher ist, je mehr Frauen erwerbstätig sind (vgl. BUJARD, Forum 1), benannte KATŌ die Schaffung und die konsequenten Umsetzung von Vereinbarkeitsmaßnahmen als zentral dafür, dass die Binnenmigration den Rückgang der Geburtenrate in Japan zukünftig nicht noch weiter verstärken wird.

Prof. Dr. Franz WALDENBERGER (Direktor, Deutsches Institut für Japanstudien (DIJ), Tōkyō) nahm in seinem Vortrag eine vergleichende Perspektive ein. Ebenso wie seine Vorredner betonte er zunächst, dass sich die demografische Entwicklung und deren Ursachen in den beiden Ländern regional sehr unterschiedlich darstellen und eine große Variation an Problemlagen hervorruft. In diesem Kontext sprach er sich allgemein für einen dezentralisierten politischen Lösungsansatz aus, der „differenziert, ganzheitlich und innovativ“ ist: Durch die Einbeziehung lokaler Stakeholder müsse ein gemeinsames und lösungsorientiertes Problembewusstsein geschaffen werden. Insbesondere mit Blick auf den japanischen Kontext identifizierte er hierbei derzeit (noch) vier Problemfelder: Die Größe der Kommunen aufgrund von Fusionswellen, ein geringes zivilgesellschaftliches Engagement, eine zentralisierte Verwaltung sowie eine starke Ressourcenabhängigkeit der Kommunen von der nationalen Politik. Möglichkeiten, um die Rolle der Kommunen zu stärken, sah er jedoch in einer Reform des Strommarktes sowie einer Reform von Land- und Forstwirtschaft. Durch einen ganzheitlichen Politikansatz müsse das Potential der überlebenden Kommunen – ein lebenswertes Umfeld zum Wohlfühlen – entwickelt und vermarktet werden. Um dies zu erreichen, benötige es jedoch eine starke politische Führung, das Engagement lokaler Stakeholder sowie einen Informationsaustausch zwischen den Kommunen.

In insgesamt drei Fragerunden wurden auch im Anschluss an dieses Forum zahlreiche Nachfragen gestellt. Zunächst wurden demografieinduzierte Migrationsbewegungen spezifiziert. Hier muss, so erläuterte NAEGELE, zwischen Binnenmigration und grenzüberschreitender Migration unterschieden werden. Die Binnenmigration, so konstatierten alle drei Redner, ist zumeist lebensphasen- oder familienbezogen; große Veränderungen seien hier in den nächsten Jahrzehnten trotz einzelner kommunaler Projekte nicht zu erwarten. Ein kultureller Unterschied zeigte sich in dem japanischen Ansatz, die Ballungszentren zu entlasten, indem ältere Menschen in die ländlichen Regionen ziehen und dort zum Nutzen der Gesellschaft Landwirtschaft betreiben. Ebenfalls diskutiert wurde die Frage, ob das „Verschwinden“ von Kommunen aufgehalten, verzögert oder sogar gefördert werden soll. Alle drei Referenten sprachen sich hier für eine selektive Förderung aus. Wichtig für die Stärkung einzelner Kommunen sei insbesondere die Schaffung eines Demografiebewusstseins, wobei dies – so führten die Experten aus – nur schwer „von oben herab“ forciert werden kann. Unterstützend könnte allerdings die Bereitstellung umfassender Daten und Informationen wirken. Beispielhaft wurde hier im

deutschen Kontext auf das „Demografieportal des Bundes und der Länder“ sowie das Portal „Wegweiser-Kommune“ der Bertelsmann Stiftung verwiesen.

#### *Forum 4: Gleichstellung/Frauenförderung*

Unter dem Titel „Gleichstellung/Frauenförderung“ widmete sich das letzte Forum des Symposiums einer Thematik, die bereits in den vorangegangenen Foren immer wieder angesprochen und diskutiert wurde. Die Referentinnen waren Prof. Dr. Uta MEIER-GRÄWE (Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft, Justus-Liebig-Universität Gießen) – Mitglied der Sachverständigenkommission für den Ersten und auch den aktuell zu erstellenden Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung –, sowie TAKAMURA Shizuka (Project Researcher, Graduate School of Strategic Management, Chūō University, Tōkyō) – Beraterin der japanischen Regierung in Gleichstellungs- und Work-Life-Balance-Belangen. Moderiert wurde das Forum von Dr. Raphael TSCHUNKO (Stellvertretender Referatsleiter, Referat Grundsatzangelegenheiten, Abteilung Gleichstellung, BMFSFJ).

MEIER-GRÄWE ging in ihrem Vortrag der Frage nach, wie *gender equality* in der Lebensverlaufsperspektive erreicht werden kann, stellte die Ergebnisse des Ersten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung vor und gab einen ersten Einblick in die Themen des Zweiten Gleichstellungsberichts, dessen Veröffentlichung im Jahr 2017 geplant ist. Um eine echte Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, so argumentierte MEIER-GRÄWE in ihrem Vortrag, muss überlegt werden, wie die Haus-, Familien- und Pflegearbeit gesamtgesellschaftlich organisiert und gelöst werden kann. Die so genannte „Arbeit des Alltags“ werde trotz einer höheren (wenn auch oftmals prekären) Erwerbsbeteiligung der Frauen und dem Wunsch junger Eltern nach einer gleichberechtigten Arbeitsteilung auch weiterhin fast ausschließlich von den Frauen übernommen. Eine Lösung für dieses Dilemma sieht MEIER-GRÄWE in der Professionalisierung der „Arbeit des Alltags“, das heißt in der Entlastung junger Erwachsener in der *rush hour of life* durch haushalts- und familienunterstützende Dienstleistungen. Darüber hinaus müssten zahlreiche Inkonsistenzen in der Lebenslaufpolitik wie beispielsweise Fehlanreize für verheiratete Paare, die der Erste Gleichstellungsbericht offenlegt, beseitigt werden. Nur so könne das Verarmungsrisiko für Frauen im Lebensverlauf minimiert sowie das „verschenkte“ Beschäftigungspotential volkswirtschaftlich genutzt werden. Der Zweite Gleichstellungsbericht schließt, so führte MEIER-GRÄWE aus, an den Ersten an und soll dessen Handlungsempfehlungen konkretisieren und operationalisieren, um „eine Gesellschaft mit gleichen Verwirklichungschancen für die Geschlechter (zu erschaffen), in der die Chancen und Risiken im Lebensverlauf gleich verteilt sind“. Ein Fokus liege hierbei auf den biografischen Übergängen, den so genannten „Kristallisationspunkten“. Das Ziel der Gleichstellungspolitik sei dabei die Schaffung eines partnerschaftlichen Geschlechterverhältnisses, die eigenständige wirtschaftliche Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit sowie die Vereinbarkeit von gutem Leben, Sorge- und Erwerbsarbeit; Zielsetzungen, die – so MEIER-GRÄWE – auch die japanische Regierung verfolgt.

TAKAMURA knüpfte mit ihrem Vortrag an die Ausführungen von MEIER-GRÄWE an und zeigte zunächst die zentrale Bedeutung auf, die die japanische Regierung unter Premierminister ABE Shinzō der Frauenförderung beimisst: Das Konzept zur Überwindung des ökonomischen Stillstands – bekannt geworden unter dem Begriff „Abenomics“ – besteht aus drei Pfeilern: eine offensive Geldpolitik, eine flexible Finanzpolitik sowie eine investitionsfördernde Wachstumsstrategie. Als zentraler Bestandteil des dritten Pfeilers wurde dabei die Frauenförderung deklariert und entsprechende Maßnahmen, beispielsweise zur Verbesserung der Work-Life-Balance, durchgeführt. Nichtsdestotrotz, so erläuterte TAKAMURA anhand aktueller Daten, sehen sich Frauen gegenwärtig noch mit zahlreichen Beschränkungen konfrontiert. Sie zeigte auf, dass viele Frauen trotz Arbeitswunsch familienbe-

dingte Erwerbsunterbrechungen in Kauf nehmen müssen. Auch die Problematik, dass sich mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden, sprach TAKAMURA an. Darüber hinaus thematisierte sie die im internationalen Vergleich hohen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen, die geringe Anzahl von Frauen in Führungspositionen, die Diskriminierung von Frauen bei der Vergabe von Weiterbildungsangeboten sowie die Übernutzung zunehmend auch weiblicher Festangestellter. In diesem Zusammenhang problematisierte TAKAMURA – ebenso wie ihre Vorrednerin und BUJARD (Forum 1) – den Umstand, dass Frauen trotz Erwerbstätigkeit weiterhin die gesamte „Arbeit des Alltags“ übernehmen. Abschließend gab TAKAMURA einen Einblick in zahlreiche gegenwärtige Initiativen und Projekt der Regierung zur Frauenförderung. Sie betonte hierbei einerseits das Potential und die ersten Erfolge entsprechender Maßnahmen, andererseits verwies sie jedoch auch auf weiteren, gegenwärtigen und zukünftigen Handlungsbedarf zur Schaffung einer echten Gleichberechtigung der Geschlechter.

In der Diskussionsrunde wurden vornehmlich die Ähnlichkeit der Problemlagen sowie der zukünftige Handlungsbedarf, der sich in beiden Ländern stellt, angesprochen. Spezifiziert wurde auch die in den Vorträgen angesprochene Problematik, dass sich viele Frauen – und zunehmend auch junge Männer – in prekären, nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen befinden. In diesem Zusammenhang betonte MEIER-GRÄWE die Notwendigkeit, dass traditionelle ‚Frauenberufe‘ eine ideelle und monetäre Aufwertung erfahren müssen. Ebenfalls problematisiert wurden die Präsenzkultur und entgrenzte Arbeitszeiten in Deutschland und Japan, die die Gleichstellung der Geschlechter weiter behindern. In einem Kommentar wurde abschließend auf soziale Bewegungen von Vätern hingewiesen, die – durchaus trotz Karriereambitionen – eine aktivere Rolle in der Kindererziehung spielen wollen. Als positives Beispiel im japanischen Kontext wurde hierbei die im Jahr 2006 gegründete Non-Profit-Organisation *Fathering Japan* benannt.

#### *Abschlussreden – Fazit und Ausblick*

Die Schlussworte wurden von OTANI Hidenobu (MHLW) und Dr. Matthias VON SCHWANENFLÜGEL (BMFSFJ) gesprochen. Beide Ministerialvertreter betonten nachdrücklich den Erfolg des Symposiums und die Fruchtbarkeit des gemeinsamen Austauschs. OTANI rekapitulierte zunächst die Themen und Erkenntnisse des zweitägigen Symposiums. Als eine wichtige Erkenntnis hob er die gesamtgesellschaftlichen Chancen, die der Anstieg der Lebenserwartung mit sich bringt, hervor und forderte einen Bewusstseinswandel hin zu einer positiven Bewertung des (gesunden) Alterns. Die eigentliche Problematik liegt, so fuhr er fort, im Rückgang der Geburtenrate. Um diesem entgegenzuwirken, bedürfe es weiterer Strategien und Maßnahmen; insbesondere auch mit Blick auf die Erwerbssituation von Frauen und die zunehmende Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse von Männern in Japan. Abschließend stellte OTANI das gegenseitige Lernpotential des Symposiums heraus: So könne das *Community-based Integrated Care System* (Forum 2) möglicherweise als Vorbild für Deutschland fungieren. Als Modell für Japan wiederum könne beispielsweise die Reform der Pflegeausbildung in Deutschland dienen. Weitere Anreize für Japan könnten der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung (seit 01.08.2013) sowie die Geschlechterquote in Aufsichtsräten (seit 01.01.2016) bieten. Unterschiede zwischen den politischen Lösungsansätzen der beiden Länder seien dahingegen hinsichtlich des Themas „Migration“ deutlich geworden. Deutschlands Ansatz sei hierbei „mutig und ambitioniert“. VON SCHWANENFLÜGEL schloss sich den einleitenden Überlegungen seines Vorredners an und konstatierte: „Eine alternde Gesellschaft ist nicht unbedingt schlecht“. Im Umgang mit dem Demografischen Wandel seien eine positive Einstellung und das Bewusstsein gewinnbringend, dass die Herausforderungen gemeistert werden sollen und können. Abschließend unterstrich VON SCHWANENFLÜGEL das Bestreben der Bundesregierung, auch zukünftig den deutsch-japanischen Erfah-

rungs- und Wissensaustausch im Sinne des Symposiums zu fördern und weiter voranzutreiben. Gerade der kommunale Ansatz biete hier viele gemeinsame Anknüpfungspunkte, über die man sich in Zukunft austauschen wolle. Auf diese Weise soll – so erläuterte er – der fortbestehende Handlungsbedarfs gestalterisch und lenkend angegangen und weitere Strategien zur Bewältigung des Querschnittsthemas „Demografischer Wandel“ erarbeitet werden. Das Symposium, das eine durchweg positive Resonanz hervorrief, endete mit einem Dank an die Organisatorinnen und Organisatoren, die Ministerien, das JDZB, die Referentinnen und Referenten sowie die Dolmetscherinnen.